

Beschluss des Landrats vom 12.09.2024

Nr. 706

18. Zivilschutz im Kanton Baselland quo vadis 2024/352; Protokoll: cr

Pascale Meschberger (SP) beantragt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

Pascale Meschberger (SP) dankt für die Antwort auf ihre Interpellation und nimmt zur Kenntnis, dass diese einigermassen desillusioniert klingt. Dies hat vielleicht auch damit zu tun, dass der Kanton es nicht ganz einfach hat, was den Zivilschutz angeht. Es wird von «oben» befohlen und von «oben» entschieden, die Bestände massiv zu dezimieren. Der Kanton müsste jetzt eigentlich dafür sorgen, dass die Zivilschutzorganisationen trotzdem weiterhin funktionsfähig sind, aber ausgeführt wird dies durch die Gemeinden und diese sehen es teilweise etwas anders. Eine kleine Rechnungsaufgabe: Man sagt, eine solche Zivilschutzorganisation braucht etwa 200 Leute. Es gibt 12 Zivilschutzorganisationen im Kanton. Ab 2026 gibt es jedoch nur noch 1'000 Zivilschutzleistende. Das geht nicht auf. Pascale Meschberger kennt die Lösung nicht. Sie ruft natürlich auch die Gemeinden dazu auf, sich ein bisschen an der Nase zu nehmen und nach Möglichkeiten für Zusammenschlüsse zu suchen. Zudem wurden bereits entsprechende Vorstösse eingereicht. Alternativ muss man sich auch noch überlegen, wie man zu grösseren Beständen kommt. Gibt es eine Möglichkeit, auch Leute ohne Schweizerpass einzubeziehen oder Frauen, die sicher auch sehr hilfreich und unterstützend wären in dem Bereich? Heute Nachmittag findet der Bevölkerungsschutzrapport statt. Jedes Jahr kann man da erfahren, wie vielfältig die Gefahrenlagen sind, auf die sich Zivilschutzorganisationen vorbereiten müssen. Es ist einigermassen frustrierend, wenn nachher gesagt werden muss, man wisse aber nicht, ob sie wirklich bewältigt werden könnten. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, wenn sich einzelne Gemeinden allenfalls zurückhalten und darauf spekulieren, dass ja die anderen Organisationen schon zur Hilfe kommen, wenn es nötig ist. Denn gewisse Grundkosten müssen für eine Organisation ausgegeben werden und diese sollten eigentlich von allen gleich getragen werden.

Marc Schinzel (FDP) dankt für die ausgezeichnete Interpellation. Es ist ein ganz wichtiges Thema, an welchem man unbedingt dranbleiben muss. Man kann es eigentlich nicht anders sagen: Es wurde auch ein bisschen vernachlässigt, wobei das Ganze «von oben» kommt. Das ganze Problem ist im Bund angesiedelt. Es ist, ehrlich gesagt, dramatisch, wie die Bestände reduziert werden und werden sollen in den kommenden Jahren. Es ist jetzt wieder zu sehen, wie wichtig der Zivilschutz ist. Offenbar wurde jahrelang nicht bemerkt, dass dies auch bei Naturereignissen der Fall ist, nicht nur bei Krieg. Denn wegen solcher Ereignisse kann plötzlich ein flächendeckender langanhaltender Stromausfall erfolgen, der beispielsweise auch die Wasserversorgung in den Regionen und Gemeinden beeinträchtigt. Auf solche Ereignisse muss man mehr denn je vorbereitet sein. Marc Schinzel ist in der Gemeinde Binningen für das Ressort zuständig und kann damit für das Leimental sprechen. Die Region Leimental hat sich organisiert und zusammengeschlossen. Der Soll-Bestand lautet 236. Im Jahr 2025 soll der Bestand jedoch auf 113 zurückgehen, dies die Prognose, und im Jahr 2026 auf 93. In Binningen ist das Soll derzeit bei 32, es geht zurück auf 11 und später auf 8. Wie will man damit die Notfalltreffpunkte betreiben? Das ist ein Riesenthema. Es geht dabei nicht um Vorwürfe an irgendjemanden. Aber der Kanton muss dranbleiben oder drangehen oder vermehrt drangehen. Es ist extrem wichtig. Denn wenn es so weit ist, dass der Zivilschutz gebraucht wird, ist es zu spät, noch eine Organisation aufzubauen. Dann muss man wis-

sen, wer diese Organisationen und Treffpunkte betreibt. Vielleicht ist es am Anfang die Feuerwehr, aber nachher muss es übernommen werden und da muss klar sein, wer dies tut. Die Regionen und die Gemeinden sind darauf angewiesen, dass man wirklich pusht. Hoffentlich besteht die Gelegenheit, am heutigen Bevölkerungsschutzrapport darüber etwas mehr zu hören oder sich austauschen zu können.

Andrea Heger (EVP) legt ihre Verbindung offen: Sie ist Gemeindepräsidentin in Hölstein und es ist zwar nicht ihr Ressort, aber als Präsidentin sollte sie überall einen Blick darauf haben. Für den Gemeinderat ist es wichtig, immer wieder Gespräche mit den Zivilschutzorganisationen zu führen. Pascale Meschberger hat von Vorstössen gesprochen und Marc Schinzel sagte, vom Kanton müsse noch etwas kommen. Wie vorhin erwähnt, kommt das Problem von ganz «oben». Zum Glück federt der Kanton Basel-Landschaft es mit eigenen Reglementen noch ab, so dass die Altersspannweite der Personen im Zivilschutz weniger schnell reduziert werden muss. Es ist auch keine Lösung, zu sagen, der Kanton bestimme über alle Organisationen und schreibe den Gemeinden vor, was sie machen müssen. Gewisses muss vielmehr von «unten» wachsen. Vom Oberbaselbiet weiss Andrea Heger, dass bei x kleinen Organisationen etwas gemacht wurde, jetzt ist man bei zwei Tälern. Nun besteht der Eindruck, dass es eine sehr gute, überschaubare Grösse sei. Da kann man sich gegenseitig wirklich sehr gut helfen. Natürlich muss je nachdem noch einmal mit den Nachbarn gesprochen werden. Es ist einfach enorm wichtig, dass der Kanton nun nicht vorgibt, was die Gemeinden tun müssen, sondern dass man es gemeinsam angeht und auch von «unten» wachsen lässt. Es hat viel eher Bestand, wenn starke Wurzeln von «unten» wachsen, als wenn von «oben» her eine Organisation überstülpt wird. Dies sollte bei der weiteren Bearbeitung von entsprechenden Vorstössen berücksichtigt werden.

Marc Schinzel (FDP) scheint missverstanden worden zu sein. Er wollte nicht zum Ausdruck bringen, man brauche die zentralisierte Kantonslösung. Vielmehr glaubt er, organisatorisch und so weiter ist sehr viel geleistet worden, in den Gemeinden oder in den Regionen. Es gibt auch Gemeinden, die sich zusammenschliessen oder zusammenarbeiten. Gerade das Leimental ist diesbezüglich nicht so schlecht unterwegs. Marc Schinzel möchte überhaupt keine zentralisierte Lösung. Es ist jedoch extrem wichtig, dass der Kanton dranbleibt, weil es um die Bestände geht und diesbezüglich gegen «oben» im Bund Druck ausgeübt werden muss. Es muss klar sein, dass die Bestände bestehen müssen, weil ohne sie die beste Organisation nichts nützt. Man sollte nicht alles von «oben» über Gemeinden oder Regionen stülpen. Vielmehr muss man dranbleiben, damit die Ressourcen vorhanden sind.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) erinnert daran, dass im Jahr 2021 eine Übergangsfrist genehmigt worden sei. Diese Gesetzesänderung ist erfolgt, damit die Bestände im Zivilschutz nicht so schnell einbrechen, wie sich der Bund dies eigentlich vorgestellt hatte. Damals wurden die Gemeinden vorgewarnt, die Bestände würden einbrechen und sie müssten sich Gedanken machen, wie sie weiterhin einsatzfähig bleiben würden. Die Tagsatzung hat daraufhin festgehalten, man wisse es und setze es um. Mittlerweile ist relativ viel Zeit vergangen und nicht so wahnsinnig viel passiert. Regierungsrätin Kathrin Schweizer ist froh, dass sich Liestal zusammengeschlossen hat. Wenn die Zahlen so tief sind oder die Verbünde klein, die mit wenigen Zivilschutzleistenden eine grosse Fläche abdecken sollen, wird es sehr schwer sein, die Anforderungen gewährleisten zu können. Es wäre ein grosses Anliegen, dass sich die Gemeinden organisieren. Es besteht auch das Vertrauen in die Gemeinden, dass sie dies können. Aber es braucht noch ein bisschen Bewegung. Es reicht nicht, einfach nur auf den Bund zu warten, bis er den Orientierungstag für Frauen für obligatorisch erklärt hat und vielleicht ein paar Frauen für den Zivilschutz gewonnen werden können. Erstens dauert dies sehr lange, weil es eine Verfassungsänderung braucht. Bis dahin ist das Baselbiet mit 12 Zivilschutzorganisationen schon nicht wahnsinnig gut aufgestellt. Die Bestän-

de sind wirklich zu klein. Es ist sehr zu hoffen, dass es besser wird, daher aber auch der Appell an die Gemeinden, zusammen eine Lösung zu finden. Es besteht kein Interesse daran, den Zivilschutz zu kantonalisieren. Es wäre toll, wenn die Gemeinden dies selber stemmen könnten. Aber dazu muss noch Arbeit geleistet werden. Wahrscheinlich ist die Wichtigkeit des Zivilschutzes allen bekanntgeworden mit der Pandemie. Plötzlich haben alle gemerkt, ohne den Zivilschutz würden sie an vielen Orten anstehen. Der Dienst konnte so genutzt werden, wie er lange Zeit nicht mehr genutzt wurde. Dadurch ist er auch stärker wahrgenommen worden und hat ein bisschen mehr Renommee bekommen, das er auch verdient. Und so ist zu hoffen, dass weiterhin einsatzfähige und ausreichend ressourcierte Zivilschutzkompanien bestehen, so dass bei einer Katastrophe, sei es im Bereich Energie, Stromausfall, Hochwasser oder Pandemie, Leute da sind, die helfen können.

://: Die Interpellation ist erledigt.
